

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

bm:bwk

**Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur**

**Minoritenplatz 5
A-1014 Wien**

GZ 10.000/76-Z/11a/03

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Parlament
1017 Wien

XXII. GP.-NR

357 /AB

2003 -06- 26

zu 362 /J

Wien, 24. Juni 2003

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 362/J-NR/2003 betreffend Umsetzung der „Gender Mainstreaming“-Anliegen, wie sie im Regierungsprogramm formuliert sind, die die Abgeordneten Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen am 2. Mai 2003 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1.:

Mit Ministerratsbeschluss vom 3. April 2002 wurde ein Arbeitsprogramm zur Umsetzung der GM-Strategie auf Bundesebene beschlossen, das inhaltlich die Durchführung und Evaluierung von GM-Pilotprojekten als Schwerpunkt hat.

Die Umsetzung des Gender Mainstreaming im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erfolgt in Abstimmung mit der IMAG (Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming). Die Aktivitäten und Projekte sind auf der IMAG-Homepage <http://www.imag-gender-mainstreaming.at> einsehbar.

In der Geschäftseinteilung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde bei den Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung der Bundesministerin und zur zusammenfassenden Behandlung von Geschäften, die den Wirkungsbereich mehrerer Sektionen berühren, die ressortinterne Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming verankert. Die AG wurde zu Beginn des Jahres 2001 konstituiert und besteht aus jeweils einer/einem Gender Mainstreaming-Beauftragten und einer/einem gegengeschlechtlichen Vertreter/in pro Sektion.

-2-

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsgruppe lag bisher im Bereich Information und Sensibilisierung der Bediensteten des Hauses und der nachgeordneten Dienststellen. Es wurden auch eigene Schulungsveranstaltungen für Ressortbedienstete durchgeführt.

Es wurden zwei Leitfäden herausgegeben (Folder „Gender Mainstreaming“, 2001 und Folder „Geschlechtergerechtes Formulieren“, 2002) und in der Hauszeitung für Bedienstete „BMBWK-NEWS“ wird regelmäßig über GM-Maßnahmen und Projekte des Hauses informiert.

In Kooperation mit den Landesschulbehörden wurden bereits vier Veranstaltungen zum Thema „Schulqualität und Gender Mainstreaming – Eine Herausforderung für die Schule“ durchgeführt; Veranstaltungen in weiteren Bundesländer werden folgen.

Im Regierungsprogramm 2003 bis 2006 ist die Umsetzung des Gender Mainstreaming nicht nur im Bereich der Frauenpolitik hervorgehoben, sondern auch im Bildungskapitel eigens genannt („Gender Mainstreaming im gesamten Bildungsbereich“).

Derzeit wird von der Arbeitsgruppe ein Aktionsprogramm zur Umsetzung des GM im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erarbeitet, das im Herbst dieses Jahres vorliegen soll.

Weiters wurden zur praktischen Umsetzung des Gender Mainstreaming Konzeptes im Ressort nachstehende Pilotprojekte initiiert:

- Gender Mainstreaming in den Bereichen Vollrechtsfähigkeit der Universitäten/Dienstrecht (Projekt bereits abgeschlossen, Bericht unter http://www.bmbwk.gv.at/womenscience/down/bericht_vollrechtsfaehigkeit.pdf einsehbar). Weitere Maßnahmen im Bereich Wissenschaft: siehe Antwort zu den Fragen 6 und 7.
- Gender Mainstreaming im Bereich Forschungsförderung/Forschungsprogramme
- Gender Mainstreaming und Schulentwicklung
- Gender Mainstreaming an Akademien (PA, BPA, RPA)
- Gender Mainstreaming an Pädagogischen Instituten

Ad 2.:

- **Pilotprojekt Gender Mainstreaming im Bereich Forschungsprogramme/ Forschungsförderung**

Das Pilotprojekt Gender Mainstreaming im Bereich Forschungsprogramme/ Forschungsförderung umfasst jene Bereiche, die in der Sektion "Wissenschaftliche Forschung und Internationale Angelegenheiten" des Ressorts förderungsrelevant sind, insbesondere nationale Forschungsprogramme und die Förderung von Forschungsinfrastrukturen. Bei Erhebungen bisheriger Forschungsprogramme wurden als Ergebnis Ungleichheiten in der Verteilung von Frauen und Männern in den Forschungsteams, besonders bei den Projektleitungen festgestellt. Genderspezifische Forschungsfragen und –themen sind unterrepräsentiert. Die neuen Forschungsprogramme werden daher so gestaltet, dass sie einen Gender-Impact haben: Genderaspekte sind in die forschungspolitischen Ziele der Programme integriert und finden explizit Eingang in die Forschungsthemen und konkreten Forschungsfragen. Die formalen Leitlinien (Offertformulare, allgemeine Anforderungen) sind gendergerecht gestaltet, die Beratungs- und Beurteilungsgremien sind nach Geschlechtern ausgewogen besetzt und die Genderdimension ist integraler Bestandteil der Bewertungskriterien der Evaluation.

Beim derzeit laufenden, vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung empfohlenen, Forschungsprogramm „New Orientations for Democracy in Europe – NODE“ hat dies z. B. dazu geführt, dass erstmals die Projektleitungen bei den TOP 10 der Projekte einen Anteil von Frauen und Männern im Verhältnis 50:50 aufweisen.

Bei den Forschungsinfrastrukturen bestehen strukturelle Defizite, die Ungleichheiten erzeugen bzw. verstetigen. Um diese im Bereich der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur basissubventionierten Einrichtungen auszugleichen, werden gerade die Kriterien für die künftige Vergabe von Basissubventionen überarbeitet.

- **Gender Mainstreaming an Akademien (PA, BPA, RPA)**

Das Pilotprojekt erstreckt sich auf die Institutionen Pädagogische Akademien, Berufspädagogische Akademien und Religionspädagogische Akademien. Ausgehend von einer Analyse wurden in einem ersten Schritt im Herbst 2001 die Bundes-Leitungskonferenzen der Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien sowie die Leitungskonferenz der katholischen und evangelischen

Religionspädagogischen Akademien über Gender Mainstreaming und die Zielvorgaben des Pilotprojekts informiert: Alle Mitglieder der Akademien sollen Wissen über die Kategorie "Geschlecht" und Gender Mainstreaming erwerben und befähigt werden, aktiv zur Umsetzung des GM in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich beizutragen. GM soll in allen Studienplänen und Lehrveranstaltungen Berücksichtigung finden. An allen Akademien sollen Gender-Fachleute zur Verfügung stehen. Forschungsprojekte zu Genderfragen sollen ebenso gefördert werden wie die Beteiligung von Frauen in der Forschung. Bei der Besetzung von Gremien und der Verteilung von Aufgaben ist auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten. Auch soll ein geschlechtergerechter Sprachgebrauch Verwendung finden.

Im Sinne des Top-Down-Ansatzes wurden die Bundesleitungskonferenzen und die Direktionen der Akademien aufgerufen, Konzepte zur Umsetzung des Gender Mainstreaming bzw. der genannten Zielvorgaben zu erstellen (Umsetzung der Konzepte im Studienjahr 2002/2003).

Zur Unterstützung der institutionellen Verankerung des Gender Mainstreaming an Akademien wurden von den Direktionen von 25 Institutionen 49 Genderbeauftragte (Frauen und Männer) genannt. Die Projektleitung im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bietet diesem Personenkreis Informationen, Aus- und Fortbildung (bisher 2 österreichweite Veranstaltungen) sowie Vernetzung mittels einer elektronischen Projektplattform an. Das Projekt wird auf dem Weg über die Forschung an Akademien evaluiert. Derzeit wird der Bericht über die prozessbegleitende Forschung erstellt. Der Abschluss des Pilotprojekts ist mit Ende 2003 vorgesehen; eine Ex-ante-Evaluation wird im Jahr 2004 erfolgen.

- **Gender Mainstreaming und Schulentwicklung**

Mit diesem Forschungsprojekt (Projektleitung: Ursula Rosenbichler/abz Wien und Günther Amesberger/Universität Wien) wurde ein handlungsorientierter Ansatz auf Klassenebene (Methode der Outdoor-Pädagogik) verfolgt: Ziel war es, über die Arbeit in den Klassen gesamtschulische Entwicklungsprozesse zu setzen und geschlechtergerechte Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen zu ermöglichen. An dem Projekt nahmen insgesamt 6 Schulen aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark mit jeweils 2 Klassen teil (1 Handelsakademie, 1 Allgemein bildende höhere Schule, 2 Höhere technische Lehranstalten, 2 Höhere Lehranstalten für

-5-

wirtschaftliche Berufe). Das Projekt befindet sich derzeit im Berichtstadium und soll im Herbst auf der Lehrer/innen- und Leitungsebene (Schwerpunkt Coaching, Fortbildung) fortgesetzt werden.

- **Gender Mainstreaming an Pädagogischen Instituten**

Zur Unterstützung der Umsetzung von GM erhielten alle Pädagogischen Institute (PI) im Zeitraum vom Herbst 2002 bis Herbst 2003 ein vom Ressort finanziertes eintägiges Beratungs- und Fortbildungsangebot zum Thema Gender Mainstreaming für die Leitungsebene und Mitarbeiter/innen vor Ort. Begleitend dazu wurde im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine Steuergruppe eingerichtet, welche auf Basis der Rückmeldungen der PI und der Erfahrungen weitere Maßnahmen zur Unterstützung von GM an den PI erarbeitet.

Die PI wurden auch ersucht, sowohl eine weibliche als auch einen männlichen GM-Beauftragte/n zu nominieren. Für diese GM-Beauftragten fand im Mai 2003 ein Seminar in Salzburg statt. Das Beratungs- und Fortbildungsangebot haben mittlerweile mit Ausnahme von Vorarlberg und Niederösterreich alle PI genutzt. In diesem Rahmen wurden diverse GM-Prozesse eingeleitet. Das Projekt soll vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur weiter betreut werden.

Ad 3. und 4.:

Eine Fragebogenerhebung bei basissubventionierten Forschungsinstitutionen wurde so gestaltet, dass damit genderspezifische Daten gewonnen werden können. Im Zuge der Evaluierung der Forschungsprogramme wird ein Gender Impact Assessment durchgeführt.

Bei den österreichischen Antragstellungen und Teilnahmen am 6. EU-Rahmenprogramm, wurden ebenfalls statistische Daten erhoben, die Aussagen über den Gender-Impact zulassen.

Die relevanten Daten zu den im Bereich Wissenschaft genannten Steuerungsinstrumenten werden geschlechtsspezifisch erhoben und abgebildet. Das gilt auch für den Bereich Schulstatistik. Prinzipiell sind alle relevanten Daten (Schüler/innen, Studierende, Absolventinnen, Absolventen und Personal) geschlechtsspezifisch erhoben und in Tiefengliederungen auswertbar. Gezielte Abfragen der umfassenden Datenbestände sind daher möglich.

Die Überprüfung der Datenbestände (Bildungsstatistik auf Basis des Bildungsdokumentationsgesetzes) hinsichtlich geschlechtsspezifischer Auswirkungen erfolgt nicht automatisch, ein dementsprechender Auftrag wird daher an die zuständige Fachabteilung ergehen.

Ad 5.:

Die ressortübergreifende Koordination von GM-Maßnahmen und die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts erfolgt über die IMAG (Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming).

Ad 6. und 7.:

Die Strategie des Gender Mainstreaming, zu deren Umsetzung sich alle Ministerien verpflichtet haben, zielt auf eine langfristige Beseitigung von Ungleichheitsstrukturen und damit auf eine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft zu Gunsten einer fairen Verteilung der Rollen zwischen Männern und Frauen ab. Kurzfristige Maßnahmen zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen bringen rasche und zielgerichtete Lösungen für spezifische Problemstellungen, eine langfristige Beseitigung von Ungleichheitsstrukturen kann jedoch nur durch eine dauerhafte Berücksichtigung der Besonderheiten, Interessen und Wertvorstellungen beider Geschlechter bei allen politischen Entscheidungen, Aktivitäten und Maßnahmen bewirkt werden.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist seit vielen Jahren mit der Beseitigung von Ungleichheitsstrukturen befasst, auch auf dem Wege über spezifische Frauenförderungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Aktuelle Schwerpunkte:

Der Aktionsplan 2003 (mit Schwerpunkten im Bereich Mädchen und Technik, Lehrer/innenfortbildung, Bewusste Koedukation und Informationsangebote) wird gemäß Regierungsprogramm in der laufenden Legislaturperiode weitergeführt.

Im Bereich Wissenschaft wird das GM in die Steuerungsinstrumente des Universitätsgesetzes 2002 Eingang finden: Dies betrifft die Bereiche Leistungsvereinbarungen, Berichtlegung, Controlling, Evaluierung und Qualitätssicherung. Leistungsvereinbarungen: Überprüfung der universitären Entwürfe und der abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen auf geschlechtsspezifische Auswirkungen. Berichtlegung. Controlling: Gestaltung des zu standardisierenden Teils der Wissensbilanz, Überprüfung der Leistungsberichte und Wissensbilanzen hinsichtlich der Auswirkungen

-7-

auf Frauen und Männer. Evaluierung und Qualitätssicherung: Evaluierungen hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Auswirkungen eingesetzter Instrumente können beauftragt werden.

Seit dem Jahr 2002 läuft auf Initiative des Rates für Forschung und Technologieentwicklung das Programm „FFORTE-Frauen in Forschung und Technologie“. FFORTE ist ein gemeinsames Programm des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (in Zusammenarbeit verschiedener Abteilungen aus den Bereichen Bildung, Universitäten, Forschung) und des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zur Stärkung von Frauen in Forschung und Technologie, einem Berufssegment, in dem Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert sind. Dies gilt sowohl für die Anzahl von Frauen in wissenschaftlich-technischen Berufen als auch für ihre Karriereverläufe und die Entlohnung. Maßnahmen auf allen Stufen der Ausbildung (Schule, Universität, Berufseinstieg, Weiterqualifikation), in der Forschung und in Unternehmen sind vorgesehen. Das Programm enthält weiters Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Ad 8. und 9.:

Für Gender Mainstreaming Maßnahmen im Bereich Bildung wurden seit dem Jahre 2001 ca. 324.000,-- € bereitgestellt. Für geschlechtsspezifische Maßnahmen im Bereich Bildung sind im Budget 2003 insgesamt 149.000,-- €, im Budget 2004 160.000,-- € veranschlagt. Diese Mittel werden durch zusätzliche Budgetmittel aus ESF bzw. Mittel des Rates für Forschung und Technologie vervielfacht.

Da Gender Mainstreaming im Rahmen der Steuerungsinstrumente des Universitätsgesetzes 2002 eingesetzt wird, erwachsen daraus keine zusätzlichen Kosten. Die Maßnahme ist daher als kostenneutral einzustufen.

Die Maßnahmen im Rahmen des Programms FFORTE umfassen unter Berücksichtigung der Ko-finanzierung durch den Europäischen Sozialfonds ein Finanzvolumen von 4.846.770,-- €.

Die Bundesministerin:

